54. Jahrgang. № 281. Sonntag, 10. Oktober 1909.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,00 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Kunst-Salon von Emil Richter Prager Strasse Prager Strasse **Hochzeits- Geschenke.** Geschmackvoll :: Künstlerisch :: Preiswert.

Glaswaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn,** Inh. Richard Rihl, Königl. Sächs. Hoflieferant, Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer **Anzug-, Hosen-, Paletot-** und **Westenstoffe** in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte. **Hermann Pörschel** Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Der Weimarer C. C. hielt gestern abend im Vereinshause einen Alten Herren-Kommers ab, den der König mit seinem Erscheinen beehrte.

Dem Generalmusikdirektor Edlem v. Schuch wurde die Leitung der Festkonzerte bei der nächstjährigen Schumannfeier in Zwickau übertragen.

Gestern nachmittag ist hier der Königl. Kammersänger Heinrich Gudehus gestorben.

Man erwartet, daß der Zentralausschuß der Reichsbank morgen eine Erhöhung des Reichsbankdiskonts um 1 Prozent beschließen werde.

Gegen den Direktor des schwedischen Exportvereins wurde ein Bombenanschlag verübt.

Der französische General d'Amade ist zur Disposition gestellt worden.

In Rennes (Frankreich) pfändete der Gerichtsvollzieher den Pariser Schnellzug.

Oberst Cody hat von dem angekündigten Flug nach Manchester Abstand genommen.

In Kärnten verursachten Ueberschwemmungen großen Schaden.

Die nächsten Arbeiten des Reichstages.

Zusehends geht die Sommerpause in der inneren Politik ihrem Ende entgegen. Einen auch nur vorübergehenden Ausgleich der Parteigegensätze, einen Stillstand des politischen Kampfes hat sie auch in diesem Jahre nicht gebracht. Alle Parteien haben für nötig befunden, in der einen oder anderen Weise vor ihren Wählern Rechenschaft abzulegen wegen der Stellungnahme zur Reichsfinanzreform, und die an dieses Gesetzgebungswerk anknüpfenden, in unser politisches und wirtschaftliches Leben tief eingreifenden und daher wohl auf keiner Seite ganz befriedigenden Vorgänge haben bis in die letzten Tage die Oeffentlichkeit beschäftigt. An Reminiszenzen und Nachwirkungen dieser Art wird es auch in dem neuen Tagungsabschnitt des Reichstages nicht fehlen. Dafür sorgt schon der Wechsel auf dem Posten des leitenden Staatsmannes und das Programm der inneren Politik, das ebenso wie ein Exposé über die auswärtige Lage mit Fug von Herrn von Bethmann Hollweg erwartet werden darf.

Im allgemeinen Interesse, auch im wohlverstandenen Interesse der bürgerlichen Parteien selbst liegt es, wenn diese mit den gegebenen Tatsachen rechnen, von einer weiteren Politik der Verärgerung absehen und sich sachlicher, ernster Arbeit zuwenden. An Gelegenheit dazu fehlt es nicht. Zunächst, und zwar ziemlich gleichzeitig mit der für Ende November zu erwartenden Berufung des Reichstags, muß die Neuregelung der Handelsbeziehungen zu Großbritannien und zu den Vereinigten Staaten von Amerika erfolgen. Am 31. Dezember dieses Jahres erlischt, nachdem es zwei Jahre auf Grund der dem Bundesrate erteilten Ermächtigung bestanden hat, das deutsch-englische Handelsprovisorium, durch das dem Vereinigten Königreiche Großbritannien und den britischen Kolonien die Rechte des meistbegünstigten Landes eingeräumt sind, mit Ausnahme des Dominion of Canada, das durch Einführung von Differentialzöllen für britische und kolonial-britische Provenienzen den deutschen Export empfindlich geschädigt hat. Während hier eine Erneuerung bezw. Verlängerung des Provisoriums um den gleichen Zeitraum in ziemlich sicherer Aussicht steht, ist das Ergebnis der Verhandlungen, die nach der zum 7. Februar 1910 erfolgten Kündigung des deutsch-amerikanischen Handelsabkommens behufs Neuordnung der beiderseitigen Handelsbeziehungen zu führen sind, noch völlig ungewiß. Nur so viel dürfte sicher sein, daß die Hoffnung der deutschen Interessenten, die eigene Position wesentlich zu verbessern und gegenüber dem jetzigen Zustande nennenswerte Vorteile zu erringen, kaum in Erfüllung gehen wird; wollen doch die Vereinigten Staaten gerade solche Zugeständnisse erzwingen, die bei der neuen Mehrheit des Reichstags dem entschiedensten Widerstande begegnen werden. Der Reichstag wird ferner in naher Zeit zu dem von den beiderseitigen Unterhändlern bereits abgeschlossenen, vom Bundesrate genehmigten deutsch-portugiesischen Handelsvertrag und weiterhin, jedenfalls noch vor dem Ende des nächsten Jahres, zu dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Schweden, der mit dem 31. Dezember 1910 abläuft, Stellung zu nehmen haben. Endlich können der deutsch-bulgarische und der deutsch-japanische Handelsvertrag, jener zum 28. Februar 1911, dieser zum 17. Juli 1911, gekündigt werden, so daß noch vor dem natürlichen Ende der laufenden Legislaturperiode auch nach dieser Richtung hin dem Reichstage die Aufgabe zufällt, die deutschen Handelsinteressen zu wahren und zu fördern.

Auf finanzpolitischem Gebiete darf das hauptsächlichste Interesse der Reichshaushaltsetat beanspruchen, da er zum ersten Male erkennen lassen wird, wie Regierung und Volksvertretung den tatsächlichen Ertrag der neuen Steuern einschätzen. Schon jetzt freilich, obgleich auch bei der Aufstellung dieses Etats mit alleräußerster Sparsamkeit zu Werke gegangen werden wird und besonders die Verwaltungen des Heeres und der Marine ihren Bedarf tunlichst gering bemessen werden, ist die Hoffnung geschwunden, daß im nächsten Rechnungsjahre ganz ohne Anleihe auszukommen sein wird. Abgesehen davon, daß nach Maßgabe des neuen Finanzgesetzes im Reiche die erhöhte Schuldentilgung erst am 1. April 1911 zu beginnen hat, werden die Einzelstaaten für die Deckung der im nächsten Jahre etwa entstehenden Fehlbeträge weiter wie bisher aufzukommen haben, da die Reichsfinanzgesetzgebung von 1909 die von den verbündeten Regierungen dringend gewünschte Bindung der Matrikularbeiträge nicht gebracht hat. Die Verabschiedung weiterer Finanzgesetze in dem noch verbleibenden Abschnitt der Legislaturperiode ist durch die jüngste Finanzreform bedingt. Die restlose Durchführung der vom Reichstage beschlossenen und von den verbündeten Regierungen genehmigten Talonsteuer wird, in der ausgesprochenen Absicht, gewisse Umgehungs-Machenschaften zu durchkreuzen, ein Ergänzungsgesetz sicherstellen. Ebenso ist die Einbringung eines Gesetzes über Einführung einer Reichs-Wertzuwachssteuer erforderlich, da im neuen Reichs-Stempelgesetze vorgeschrieben ist, daß die Vorlage eines diese Materie behandelnden Entwurfs an den Reichstag bis zum 1. April 1911 zu erfolgen hat. Endlich muß die Erhöhung der Mannschaftslöhne, nachdem sie neuerdings mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage einen Aufschub erfahren hat, nunmehr in Angriff genommen werden. Dagegen dürfte die Aufgabe, neue Reichseinnahmen in Höhe von 35 Millionen Mark zu beschaffen, als Ersatz für die Herabsetzung der Zuckersteuer, die durch das neue Finanzgesetz bis zum 1. April 1914 hinausgeschoben ist, von dem gegenwärtigen Reichstage nicht mehr zu lösen sein.

Neben den unerläßlichen Arbeiten auf diesen beiden Gebieten werden ebenso umfangreiche wie bedeutsame Gesetzgebungsaufgaben sozialpolitischer Natur das Parlament beschäftigen. Sie werden eingeleitet werden durch eine Vorlage, die einen weiter entfernten Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Arbeiter-Witwen- und Waisen-Versicherung in Aussicht nimmt, als im § 15 des Zolltarifgesetzes vom Jahre 1902 bestimmt ist. Ungefähr gleichzeitig wird man den Eingang der neuen, gegenwärtig im Bundesrate behandelten Reichsversicherungsordnung und mit ihr die Inangriffnahme der Reform der gesamten Arbeiterversicherung einschließlich der neu zu schaffenden Hinterbliebenen-Versicherung zu erwarten haben. Sodann werden zwei sozialpolitische Vorlagen wiederkehren, die durch den Sessionsschluß am 13. Juli d. J. hinfällig geworden sind: die sogenannte große Gewerbeordnungsnovelle, deren Behandlung bereits im kommissarischen Stadium starke Gegensätze zwischen der Regierung und den Parteien hervortreten ließ, und das Gesetz über Bildung von Arbeitskammern, das bisher im Reichstage nur ganz vereinzelt Zustimmung gefunden hat. Als ein Werk sozialer Fürsorge ist schließlich noch der Gesetzentwurf betreffend Bewilligung eines Ehrensoldes an Kriegsteilnehmer anzusehen, dessen Einbringung der Reichstag in einem Antrage gefordert hat. Dagegen erscheint es zweifelhaft, ob die Angelegenheit der Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangestellten bereits in der laufenden Legislaturperiode zur Erledigung kommen kann. Die Frage hat zwar durch die beiden Denkschriften des Reichsamts des Inneren eine wesentliche Förderung erfahren, aber in den beteiligten Kreisen gehen die Ansichten und Wünsche noch so weit auseinander, daß sich eine baldige gesetzgeberische Regelung schwerlich ermöglichen lassen wird. Aus der großen Zahl der sonst noch zu erwartenden Vorlagen sind erwähnenswert die Novelle zum Strafgesetzbuch, die einige dringliche Fragen der Strafrechtspflege vor der allgemeinen Revision des Strafrechts regeln soll, das Seeunfallgesetz, das Gesetz zur Bekämpfung der Kurpfuscherei, die Reform der Patentgesetzgebung und vielleicht noch ein Gesetz über die Bildung von Architektenkammern, das in den Interessentenkreisen sehr lebhaft gewünscht wird.

Außerdem steht zu erwarten, daß das Parlament selbst zur Vermehrung des Beratungsstoffes beitragen wird, sei es, daß die eine oder andere Partei im Hinblick auf die Möglichkeit neuer Parteigruppierungen den Versuch macht, sich und ihre besonderen Interessen mehr als bisher zur Geltung zu bringen, sei es, daß im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen unter den Parteien ein Wettbewerb in den Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete entbrennt. So wird auch für den Rest der Legislaturperiode die Tätigkeit des Reichstages von politischen Nebenerscheinungen und Unterströmungen begleitet sein. In gewissem Umfange wird bereits die infolge des Sessionsschlusses notwendig gewordene Neuwahl des Reichstagspräsidiums über die politischen Motive der Parteien und ihre Stellung zueinander Aufklärung bringen. Hoffentlich bleiben sich die nationalen Parteien bei ihren internen Auseinandersetzungen einigermaßen der Grenzen bewußt, die unbedingt innegehalten werden müssen, wenn nicht die sonst in dem zur Erledigung stehenden Beratungsstoffe begründete Aussicht auf einen ruhigen Verlauf der Session illusorisch gemacht werden soll.

Neueste Drahtmeldungen

vom 9 Oktober.

Der deutsch-russische Zwischenfall von Charbin.

Charbin. Nach Ermittlungen des aus Mukden hier eingetroffenen deutschen Konsuls haben sich die Vorgänge bei der Zwangsvollstreckung gegen die Brauerei-Gesellschaft Charbin folgendermaßen abgespielt: Gegen die Brauerei war ein russisches rechtskräftiges Urteil ergangen. Die deutschen Mitinhaber der Brauerei erbaten gegen die Vollstreckung dieses Urteils den Schutz des deutschen Konsulats. Der deutsche Vizekonsul legte darauf gegen die Zwangsvollstreckung Protest ein, indem er von der Annahme ausging, daß die Brauerei nicht den Charakter einer russischen Gesellschaft habe, sondern daß zwischen den deutschen und russischen Besitzern der Brauerei nur ein Verhältnis des Miteigentums bestehe. Er gestattete den beteiligten Deutschen auf Ersuchen, die deutsche Flagge aufzuziehen, verbot ihnen aber, den Maßnahmen der russischen Behörden aktiv Widerstand entgegenzusetzen. Als darauf mit polizeilicher Hilfe die Zwangsvollstreckung vollzogen wurde, sollen zwei Deutsche Widerstand geleistet haben. Die Feststellungen des zur Aufklärung der Angelegenheit entsandten Konsuls habe nun ergeben, daß der Gesellschaft tatsächlich ein Anspruch auf deutschen Schutz nicht zustand. Sie hat bisher stets russischen Schutz beansprucht und erhalten. Unter diesen Umständen ließ der Konsul den Protest zurückziehen und ordnete selbst die Herunternahme der deutschen Flagge an. Wegen des behaupteten Widerstands zweier Deutscher ist beim deutschen Konsul, dessen Gerichtsbarkeit über die beteiligten Reichsangehörigen auch von russischer Seite anerkannt wird, Strafantrag gestellt worden. Soweit bisher festgestellt, scheint es sich dabei nicht um grobe Ausschreitungen, sondern um ziemlich harmloses Vorgehen zu handeln. Der ganze Vorfall wird hier ruhig behandelt.

Die Maßregelung d'Amades.

Paris. (Priv.-Tel.) General d'Amade ist vom Kriegsminister zur Disposition gestellt worden.

Paris. (Priv.-Tel.) Durch den Tod des Generals Guillain ist eine Korpskommandantenstelle freigeworden, auf die der General d'Amade die erste Anwartschaft gehabt hätte. Die zeitweilige Dienstenthebung d'Amades, dessen strenge Bestrafung besonders nachdrücklich der Minister des Auswärtigen Pichon verlangte, macht ein Avancement des ehemaligen Chefs der Marokko-Expedition unmöglich.

Paris. Ministerpräsident Briand hat heute früh den spanischen Botschafter empfangen. Der Kriegsminister hat mit dem Ministerpräsidenten eine Unterredung über die Angelegenheit des Generals d'Amade gehabt. Vorher war General d'Amade vom Kriegsminister empfangen worden, um seine Erklärungen dort mündlich vervollständigen zu können. Nach dieser Unterredung begab sich General d'Amade in das Ministerium des Innern, wo er mit dem Kriegsminister und Ministerpräsidenten eine Unterredung hatte. Auf Grund dieser Unterredung entschloß sich der Kriegsminister, General d'Amade zur Disposition zu stellen. Im Laufe der Unterredung erkannte d'Amade die Authentizität des vom „Matin" veröffentlichten Interviews an, zu dem er, wie er sagte, durch patriotische Besorgnisse veranlaßt worden sei. Er müsse jedoch eingestehen, daß er aus der einem militärischen Befehlshaber zukommenden Reserve herausgetreten sei. Briand erkannte in seiner Antwort die militärischen Eigenschaften des Generals d'Amade an und sagte zu ihm, er habe ihm gegenüber eine peinliche Pflicht zu